

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Informatikstrategieorgan Bund
Leistungsbereich E-Government
Friedheimweg 14
3003 Bern

14. November 2006

Vernehmlassung zur E-Government-Strategie Schweiz und zur Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit von Bund und Kantonen

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. September 2006 fordert uns der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes zur Stellungnahme zum Entwurf der E-Government-Strategie Schweiz und zum Entwurf der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit auf. Gerne kommen wir dem Ersuchen nach und äussern uns dazu wie folgt:

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die Schweiz im internationalen Vergleich bez. E-Government nicht allzu gut abschneidet. Die Gründe dafür sind vielfältig; sie liegen, wie Herr Bundesrat Merz treffend feststellt, auch in unserem föderalistischen System. Wir sind ihm daher sehr dankbar, dass er mit dem Bundesrat die Initiative ergriffen hat und den Entwurf zu einer nationalen Strategie vorlegt, die -im Einklang mit unserem föderalen System- als gemeinsames Werk von Bund und Kantonen entstehen soll.

Mit der Fachgruppe «Kantone» der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz beurteilen wir den vorgelegten Entwurf, der insbesondere die Ziele und Grundsätze zur Zielerreichung sowie das wichtigste Umsetzungsinstrument, den laufend nachgeführten Katalog priorisierter Vorhaben umschreibt, als ersten wichtigen Schritt, der auch unsern Erwartungen voll entspricht. Die Fokussierung auf den Verkehr Wirtschaft - Behörden - Bevölkerung scheint uns auch in der Priorisierung richtig. Die Umsetzung soll dezentral, aber koordiniert und unter der Aufsicht eines Steuerungsgremiums und einer Geschäftsstelle erfolgen. Die massgebenden Grundsätze sind in einer von uns ebenfalls gebilligten Rahmenvereinbarung niedergelegt. Die in diesem Herbst abgeschlossene Vereinbarung zu ch.ch soll richtigerweise als Sondervereinbarung (Art. 12 des Entwurfs zur Rahmenvereinbarung) geführt werden. Auch sie ist damit in die zentralen Koordinationsbestrebungen auf Bundesebene einbezogen.

Auch dem «Katalog priorisierter Vorhaben» (Stand 15.9.06) stimmen wir zu. Er enthält eine Liste von attraktiven und insbesondere auf die Zielgruppe ausgerichteten Leistungen sowie eine Liste der notwendigen Voraussetzungen. Unser Anliegen in diesem Zusammenhang: Bei der Aufstellung des

«Katalogs» ist Wert zu legen auf eine umfassende Kompatibilität. Es nützt den „Linux-Kantonen“ (Westschweiz, Thurgau, Solothurn) wenig, wenn Vorhaben ausgeführt werden, die sich nachträglich als nicht Linux-tauglich erweisen.

Ein von uns in diesen Tagen verabschiedeter aus einem parlamentarischen Vorstoss hervorgegangener Bericht («Kampf gegen die staatliche Bürokratie für Bürger und Bürgerinnen und KMU's») zielt in die gleiche Richtung und unterstreicht unsere hier geäußerten Ansichten: Solothurn will nicht losgelöst vom Bund und den andern Kantonen Massnahmen im E-Govern-ment-Bereich realisieren. Deshalb haben die Bundesprojekte, namentlich die nationale E-Government-Strategie, für uns klaren Vorrang, und wir werden darauf aufbauend, immer aber koordiniert mit der nationalen Strategie, dem «Katalog priorisierter Leistungen» und im Einklang mit allfälligen Sondervereinbarungen, in unserem Kanton weitere Projekte lancieren. Die nötigen Ressourcen müssen, soweit sie nicht vorhanden sind, im Rahmen der Budgetprozesse der nächsten Jahre geschaffen werden. Die Situation erfordert es; die Schweiz, wir alle, dürfen nicht hintanstellen!

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Christian Wanner
Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber